



UKRAINEKRIEG: HINTERGRUNDANALYSEN IN MOSKAU

Vorbemerkung: Die wichtigsten Aussagen meines neuen Buches „Analysen zum Ukraine-Krieg. Interne Überlegungen in Moskau“:

Stimmungslage im Separatistengebiet Donezk

Die russische Tageszeitung „Wedomosti“ zeichnete am 5. März 2021 ein kompliziertes Bild der Massenstimmung im Donbass.¹ Sie stützt sich auf eine soziologische Studie, die in den Jahren 2019 und 2020 durch ausführliche Interviews in der „Volksrepublik Donezk“ durchgeführt worden ist. Das Bild des Territoriums dieses Gebildes und seine offiziellen Symbole sind nicht im Massenbewusstsein fixiert. Die Zukunft der Republik scheint nicht klar definiert und wird negativ gesehen. Die Eliten werden nicht respektiert, sind laut Meinung der Befragten korrupt, inkompetent, haben keine Führung und charismatische Qualitäten, haben sich in ihren Ämtern durch Zufall gefunden und sind nicht an der Entwicklung des Territoriums interessiert. Auf der einen Seite wird Kiew eindeutig die Verantwortung für Zerstörung und Tod auferlegt, auf der anderen Seite verbinden sich erstens mit der ukrainischen Gesellschaft und Kultur positive Konnotationen im Massenbewusstsein der Bewohner des Donbass. Und zweitens stellt das politische Regime der „Volksrepublik“, das die Rechte und Freiheiten stark einschränkt, ohne bedeutende sozio-ökonomische Erfolge zu präsentieren, auch eine Bedrohung dar. Der Autor des Beitrags, der Wissenschaftler des „Moskauer Staatlichen Instituts für internationale Beziehungen“ (MGIMO) des russischen Außenministeriums, Alexej Tokarew, zieht den Schluss, dass die Friedenssicherungskapazität der Menschen dort groß ist. Wenn es eine bestimmte politische Situation gebe, werde ein bedeutender Teil von ihnen zur Wiedereingliederung in die Ukraine bereit sein.

Am 9. März 2021 verkündete der Leiter des Präsidialamtes der Ukraine, Andrij Jermak, dass ein „konkreter Plan“ zur Lösung des Konflikts in der Ostukraine existiere, dessen Idee von Frankreich und Deutschland vorgeschlagen worden sei.² Ihm zufolge wurde dieser Plan in Kiew fertiggestellt und könne beim nächsten Berater-treffen der Vier des Normandieformats (Frankreich, Deutschland, Ukraine, Russland) zur Diskussion gestellt werden. Er erwähnte die Schaffung einiger „Cluster“, die – falls vereinbart – die Grundlage für „einen Fahrplan zur Schaffung von Frieden im Donbass, zur Rückgabe der von Russland besetzten Gebiete und zur Abhaltung von Kommunalwahlen“ bilden könnten. Der Leiter des ukrainischen Zentrums für angewandte politische Studien „Penta“, Wolodymyr Fesenko, präziserte, dass Cluster höchstwahrscheinlich „bestimmte Blöcke miteinander verbundener Themen bedeuten, welche die Grundlage für einen Kompromiss sein können“.

In der neuen Sicherheitsstrategie, die der russische Präsident Wladimir Putin am 2. Juli 2021 unterschrieben hat, steht bei der Festlegung der Landesverteidigungsaufgaben an fünfter Stelle der „Schutz der nationalen Interessen und Bürger der Russischen Föderation außerhalb ihres Territoriums“ (Absatz 40). Diese Bestimmung zielt auf die russischen Staatsangehörigen in nicht-russischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, in den ost-ukrainischen Separatistengebieten, in den separatistischen georgischen Provinzen Abchasien und Südossetien sowie in Transnistrien. Mit der Begründung, sie schützen zu müssen, kann notfalls eine militärische Intervention in diese Territorien gerechtfertigt werden.

¹ <https://www.vedomosti.ru/opinion/articles/2021/03/04/860300-strelyayut-donbasse>

² <https://www.kommersant.ru/doc/4722420>

Anhaltende Konfrontation mit dem Westen

„Russland wird sich noch eine ganze Weile in einer Konfrontation mit dem Westen befinden.“ Unter dieser Überschrift veröffentlichte die russische Tageszeitung „Kommersant“ am 3. Juni 2021 ein sehr langes Interview mit Dmitrij Trenin, ehemaliger Oberst der sowjetischen Streitkräfte, von 1985 bis 1991 Mitglied der UdSSR-Delegation bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Atom- und Weltraumwaffen in Genf, Direktor von Carnegie-Moscow (im April 2022 vom russischen Justizministerium aufgelöst), Mitglied des Russischen Rats für internationale Angelegenheiten.³ Trenin stellt fest, dass sich Russlands aktuelles politisches und wirtschaftliches Modell zunehmend selbst erschöpft. Die Nachhaltigkeit des politischen Systems Russlands hänge von der Fähigkeit der ersten Person ab, das politische und wirtschaftliche System in den Augen der Bevölkerung zu legitimieren und gleichzeitig ein unbestreitbarer Schiedsrichter in innerreligiösen Streitigkeiten zu sein. Diese Fähigkeit werde jedoch nicht zusammen mit der Präsidentschaft vermittelt. Die andere Seite des Problems sei, dass die gegenwärtige politische Elite hauptsächlich aus Menschen bestehe, die sich in erster Linie um ihre eigenen Interessen kümmern.

Trenin geht davon aus, dass Russland in absehbarer Zeit sein personalistisches Regime beibehalten wird, das entspreche der traditionellen politischen Kultur des Landes. Im Moment sei die wirkliche Alternative zum Regime der persönlichen Macht in Russland entweder Oligarchie oder Chaos. Beide seien temporäre Zustände, die unweigerlich am Ende wieder zur höchsten Macht einer Person führen werden.

Den Wendepunkt in der gesamten Außenpolitik Russlands der postsowjetischen Periode bildete laut Trenin die Ukraine-Krise von 2014. „Neben...der stark übertriebenen Angst vor dem Vordringen der NATO nach Osten wurzelt der Grund für die Fehler in der falschen Vorstellung des Kremls über die Bestrebungen der ukrainischen Eliten und das Wesen der ukrainischen Gesellschaft. „Russland befindet sich in einem Zustand der Konfrontation mit dem Westen und wird noch lange in diesem Zustand bleiben.“ Die Konfrontation zwischen Russland und den USA hält Trenin für „systemisch“.

Die Annäherung zwischen Russland und China, die unter den Bedingungen der Konfrontation mit den Vereinigten Staaten stattfand, stärkte die geopolitischen und geoökonomischen Positionen Russlands. Die Erhaltung und Stärkung der russisch-chinesischen Entente liege natürlich im Interesse Moskaus. China sei Russlands wichtigster wirtschaftlicher, finanzieller und technologischer Partner geworden. Weder Moskau noch Peking hielten es für notwendig, die Handlungsfreiheit auf internationaler Ebene mit dem Abschluss eines militär-politischen Bündnisses zu verbinden.

Im Verhältnis Russlands zu China stellt Trenin eine „offensichtliche Asymmetrie bei wirtschaftlichen und anderen Möglichkeiten“ fest. Russland, das grundsätzlich auf der Gleichheit der Beziehungen bestehe, werde einen Anreiz haben, seine Beziehungen zu China auszubauen. Die Formel für die Beziehungen zwischen beiden Ländern formuliert Trenin so: „Niemals gegeneinander, aber nicht immer und in allem zusammen.“

Moskau müsse „noch vorsichtiger“ handeln. Russland sei zwar keine Partei im Konflikt zwischen China und den USA, aber es sei unwahrscheinlich, dass es gelinge, ihre Konfrontation „aus der Ferne“ zu betrachten. Russland verbinde sich mit China durch den Wunsch, die „Überreste der auf die USA und den Westen ausgerichtete Weltordnung zu überwinden“. Gleichzeitig habe Russland „keine Lust, in einem China-zentrierten Block zu leben“. Der Eintritt in den Einflussbereich Chinas sei „nicht akzeptabel“. Die Realität sei jedoch, dass die „wachsende Abhängigkeit Russlands von China in wirtschaftlichen, technologischen und potentiell finanziellen Bereichen Moskau zwingen könnte, unfreiwillig der Außenpolitik Pekings zu folgen“.

³ <https://www.kommersant.ru/doc/4838065>

Hinsichtlich der Ukraine analysiert Trenin, dass die Russische Föderation ein vollwertiges Russland sei, das keine weitere territoriale Expansion benötige, insbesondere durch die Ukraine. Russland sei lange vor der Unterstellung der Ukraine durch den Kosaken Bogdan Chmelnyzkyj unter die Hoheit des russischen Zaren Alexej Michajlowitsch 1654 zu einer Macht geworden. Diese „Wiedervereinigung“ habe wenig Einfluss auf die internationale Position des Russischen Reiches gehabt. Russlands „einzigartige stabile geopolitische Position“ sei das Ergebnis der Entwicklung Sibiriens und des Zugangs zum Pazifischen Ozean. Nowgorod gelte zu Recht als Wiege der russischen Staatlichkeit und als Ort, von dem die erste herrschende Dynastie stamme.⁴

Kommentar: Wenn man das alles bedenkt, dann wird klar, warum die Konfrontation Russlands mit dem Westen noch eine ganze Weile anhalten wird, denn Moskau fühlt sich durch die westlichen Werte bedroht. Also müssen die westlichen Werte auf Abstand gehalten werden. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass Russland seine Beziehungen zum Westen erst dann grundlegend und nachhaltig verbessern wird, wenn es die westlichen Werte nicht mehr fürchten muss, wenn es die Respektierung der Menschenrechte, echten politischer Pluralismus, unabhängige Medien, eine wache und vielfältige Zivilgesellschaft von sich aus will, weil das gut für das Land und die Menschen ist.

Wird Russland die Ukraine angreifen?

Der Programmdirektor des von Wladimir Putin 2004 gegründeten internationalen Diskussionsclubs „Waldai“, der sich jährlich mit dem Präsidenten trifft, Iwan Timofejew, versuchte am 25. November 2021 mit seiner Analyse „Krieg Russlands mit der Ukraine: Basisszenario?“ etwas Rationalität in die Befürchtungen zu bringen.⁵ Für eine militärische Aggression spricht Folgendes : *Der erste Umstand* betrifft „neuere Erfahrungen mit dem Einsatz russischer Streitkräfte und deren politischen Auswirkungen“: Moskau intervenierte 2008 militärisch in Georgiens Konflikt mit dessen abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien auf deren Seiten erfolgreich und anerkannte dann beide Autonomien als unabhängige Staaten. 2014 führte Russland auf der Krim eine Blitzoperation durch, mit der die Voraussetzungen für deren Annexion – Timofejew schreibt „Wiedervereinigung“ – seitens Russlands geschaffen wurden. Dann folgte die militärische Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine, die zur Bildung der „Demokratische Republik Donezk“ und der „Demokratischen Republik Luhansk“ führte. 2015 veränderte Moskau durch den Einsatz seiner Luftwaffe die militärische Lage in Syrien radikal zugunsten des syrischen Präsidenten Bashar al-Assad.

Der zweite Umstand besteht darin, dass die internationalen Folgen dieser militärischen Aktionen Russlands „relativ einfach“ waren. „Kein einziger ausländischer Staat hat sich offen in Konflikte eingemischt. Ausländische Militärhilfe änderte die Machtverhältnisse nicht radikal. Wirtschaftssanktionen schaden der russischen Wirtschaft, aber sie waren noch nicht der Hauptfaktor für die bestehenden Probleme. Die Wirtschaft selbst ist stabil.“

Den dritten Umstand sieht Timofejew darin, dass Russland nicht bereit sei, sich mit dem bestehenden Status quo in den Beziehungen zur Ukraine abzufinden. Militärisch schwach und aus Angst vor weiteren Komplikationen mit Moskau versuche die Ukraine, ihre Verteidigungsbeziehungen zu den USA und ihren Verbündeten zu vertiefen und deren militärische Hilfe und Lieferungen auszuweiten. „In Moskau wird dies als ‚Entwicklung‘ des Territoriums der Ukraine durch westliche Länder mit anschließender Bedrohung der strategischen Perspektive wahrgenommen. Das Erscheinen westlicher militärischer Infrastruktur in der Ukraine wird in Russland offenbar nur als eine Frage der Zeit betrachtet.“

Putin ist der Ansicht, dass die Sowjetunion den Kalten Krieg nicht verloren, sondern nur kapituliert hat. Deshalb will er ihn noch einmal führen und siegen. Diese Denkweise beschrieb der Wissenschaftliche Leiter der Fakultät für Weltwirtschaft und internationale Angelegenheiten der „Nationalen Universität-Hochschule für

⁴ <https://carnegie.ru/commentary/85272>

⁵ <https://ru.valdaiclub.com/a/highlights/voyna-rossii-i-ukrainy-bazovyy-stsenarij/>

Wirtschaft“ in Moskau und Ehrenvorsitzender des „Rats für Außen- und Verteidigungspolitik“, Sergej Karaganow, in seinem Aufsatz „Über den dritten Kalten Krieg“ in dem russischen Gegenstück zu „Foreign Affairs“, in Nummer 4/2021 der Zweimonatszeitschrift „Rossija w globalnoj politiki“ („Russland in der globalen Politik“).⁶ Russland sei wieder in der Lage, Krieg zu führen, und verfüge über die Rohstoffe in Sibirien. Zudem habe Russland einen wichtigen Rückhalt in China. „Die Gefahr eines neuen Weltkriegs ist äußerst akut.“

Angebliches westliches Versprechen, die NATO nicht nach Osteuropa zu erweitern

Am 23. Dezember 2021 führte der russische Präsident Wladimir Putin seine jährliche Pressekonferenz durch.⁷ Putin warf dem Westen dabei vor, Russland „einfach eklatant getäuscht“ zu haben, denn er habe in den 90er Jahren zugesagt, die NATO „keinen Zentimeter östlich“ auszudehnen. Doch das hat der Westen niemals zugesagt. So antwortete der damalige sowjetische Präsident Michail Gorbatschow in seinem Interview am 16. Oktober 2014 auf die Frage der NATO-Ausdehnung in Richtung Osten: „Das Thema ‚NATO-Erweiterung‘ wurde überhaupt nicht diskutiert und in diesen Jahren auch nicht zur Sprache gebracht. Ich sage dies mit voller Verantwortung. Kein einziges osteuropäisches Land hat das Thema angesprochen, auch nicht nach dem Ende des Warschauer Pakts im Jahr 1991. Auch westliche Führer brachten es nicht zur Sprache. Ein weiteres Thema, das wir angesprochen haben, wurde diskutiert: sicherzustellen, dass die militärischen Strukturen der NATO nicht vordringen und dass nach der deutschen Wiedervereinigung keine zusätzlichen Streitkräfte des Bündnisses auf dem Territorium der damaligen DDR stationiert werden. Die in Ihrer Frage erwähnte Aussage von Baker [damaliger amerikanischer Außenminister] wurde in diesem Zusammenhang gemacht. Kohl [damaliger deutscher Bundeskanzler] und Genscher [damaliger deutscher Vizekanzler und Außenminister] haben darüber gesprochen. Alles, was getan werden konnte und musste, um diese politische Verpflichtung zu festigen, wurde getan. Und erfüllt. In der endgültigen Regelung mit Deutschland hieß es, dass im Osten des Landes keine neuen militärischen Strukturen geschaffen würden; es würden keine zusätzlichen Truppen stationiert; dort würden keine Massenvernichtungswaffen platziert. Es wurde all die Jahre beobachtet. Stellen Sie Gorbatschow und die damaligen sowjetischen Behörden also nicht als naive Menschen dar, die vom Westen um den Finger gewickelt wurden. Wenn es Naivität gab, war es später, als das Problem auftauchte. Russland hatte zunächst keine Einwände.“⁸

Der Wunsch osteuropäischer Länder, in die NATO aufgenommen zu werden, wurde nach der Staatsdumawahl am 7. Dezember 1993 stärker, denn bei dieser ersten Parlamentswahl auf der Grundlage der neuen Verfassung, die am selben Tag mit einem Referendum gebilligt worden war, erhielt die nationalistisch-populistische „Liberal-demokratische Partei Russlands“ des Wladimir Schirinowskij 22,92 % der Stimmen, das war das beste Ergebnis aller Parteien.⁹ Die Osteuropäer befürchteten wohl mittelfristig im Falle der Erholung der russischen Wirtschaft und Rüstungsindustrie Expansionsbestrebungen einer nationalistischen Führung im Kreml.

Im Jahr 1994 hatte – laut Aussage von Horst Teltschik, dem Außenpolitikberater von Bundeskanzler Helmut Kohl – der damalige amerikanische Präsident Bill Clinton seinem russischen Kollegen Boris Jelzin sowohl mündlich als auch schriftlich in einem Brief angeboten, dass Russland Mitglied der Atlantischen Allianz werden sollte. Der russische Präsident habe ihm geantwortet, dass der Zeitpunkt für eine solche Entscheidung für Russland noch zu früh sei.¹⁰ Auf einer Pressekonferenz der NATO-Ratstagung in Lissabon im November 2010, zu der auch der damalige russische Präsident Dmitrij Medwedew eingeladen worden war, wies dieser die Frage eines

⁶ <https://lobalaffairs.ru/articles/o-tretej-holodnoj-vojne/>

⁷ <http://kremlin.ru/events/president/news/67438>

⁸ https://www.rhth.com/international/2014/10/16/mikhail_gorbachev_i_am_against_all_walls_40673.html

⁹ Der Autor dieser Zeilen beobachtete damals diese Wahl in Russland und auch das Verfassungsreferendum im Auftrag des „Office for Democratic Institutions and Human Rights“ der OSZE.

¹⁰ Teltschik, Horst, Russisches Roulette. Vom Kalten Krieg zum Kalten Frieden. München 2019, S. 114

Journalisten, ob Russland eines Tages der NATO beitreten werde, nicht entrüstet zurück, sondern antwortete, dass dies möglich sein könnte, wenn aus der NATO eine politische Organisation geworden sei.

Der NATO-Beitritt der Ukraine, um den es Putin vor allem ging, war nicht nur nicht aktuell – die Ukraine war nicht einmal Mitglied des Membership Action Plans, welcher der Vorbereitung eines NATO-Beitritts dient –, sondern er war auch nicht vorstellbar, denn Kiew war nicht bereit, auf die Krim und auf die von den Separatisten in den ostukrainischen Gebieten Donezk und Luhansk besetzten Territorien für immer zu verzichten.

Putin dürfte klar sein, dass das Verteidigungsbündnis NATO Russland nicht angreifen wird. Vielmehr ist wohl allein die Weiterexistenz der NATO für ihn der ständige Ausdruck dafür, dass die Sowjetunion den Kalten Krieg verloren hat, denn das östliche Gegenstück zur NATO, den Warschauer Pakt, haben seine Mitgliedsländer 1991 aufgelöst. Die Atlantische Allianz besteht also nicht nur weiter, sondern sie erweiterte sich zudem um die ehemaligen Mitglieder des Warschauer Paktes und sogar – um das Maß voll zu machen – um die ehemaligen Sowjetrepubliken Lettland, Estland und Litauen.

Generaloberst fordert Putins Rücktritt

Der Vorsitzende der „Allrussischen Offiziersversammlung“, Generaloberst i.R. Leonid Iwaschow, forderte am 6. Februar 2022 in einem offenen Brief „an den Präsidenten und die Bürger der Russischen Föderation“ den Rücktritt von Wladimir Putin.¹¹ Iwaschow, „berüchtigt für seine nationalistischen Ansichten“¹², ist seit 2005 Präsident der russischen „Akademie für geopolitische Probleme“, Professor am „Moskauer Institut für Internationale Beziehungen“ (MGIMO) des russischen Außenministeriums und leitete von 1996 bis 2001 die „Hauptverwaltung für internationale militärische Zusammenarbeit“ des russischen Verteidigungsministeriums.

Iwaschow warnt vor einem Krieg: „Heute lebt die Menschheit in Erwartung eines Krieges...Ein großer Krieg ist eine große Tragödie, ein schweres Verbrechen. So ergab es sich, dass im Mittelpunkt dieser drohenden Katastrophe Russland steht. Und vielleicht das erste Mal in seiner Geschichte.“ Iwaschow fragt, was heute die Existenz Russlands bedrohe. „Alle lebenswichtigen Bereiche, einschließlich der Demografie, verschlechtern sich stetig, das Tempo des Bevölkerungssterbens bricht Weltrekorde. Der Abbau hat systemische Natur, und in jedem komplexen System kann die Zerstörung eines der Elemente zum Zusammenbruch des gesamten Systems führen. Und das ist unserer Meinung nach die größte Bedrohung der Russischen Föderation. Aber das ist eine Bedrohung innerer Art, die vom Staatsmodell, von der Qualität der Macht und dem Zustand der Gesellschaft ausgeht. Und die Gründe für ihre Formierung sind innere: die Unrentabilität des Staatsmodells, die völlige Unfähigkeit und der Mangel an Professionalität des Macht- und Verwaltungssystems, die Passivität und Desorganisation der Gesellschaft. In diesem Zustand lebt kein Land lange.“

Nun wird Iwaschow konkreter: „Der Einsatz militärischer Gewalt gegen die Ukraine wird erstens die Existenz Russlands selbst als Staat in Frage stellen; zweitens wird es Russen und Ukrainer für immer zu Todfeinden machen. Drittens wird es Tausende (Zehntausende) tote junge gesunde Jungen auf der einen und der anderen Seite geben...In diesem Fall werden die russischen Truppen auf dem Schlachtfeld nicht nur ukrainischem Militärpotential gegenüberstehen, unter denen viele Russen sein werden, sondern auch Militärpotential und Ausrüstung aus vielen NATO-Ländern, und die Mitgliedsstaaten des Bündnisses werden verpflichtet sein, Russland den Krieg zu erklären.“ Russland werde dann zu einem „Paria der Weltgemeinschaft“ werden.

Die innenpolitischen Folgen: „Unserer Meinung nach erkennt die Führung des Landes, dass sie nicht in der Lage ist, das Land aus der Systemkrise herauszuführen, und dies kann zu einem Aufstand des Volkes und zu einem Machtwechsel im Lande führen.“ Iwaschow fordert vom Präsidenten, die „kriminelle Politik aufzugeben, einen Krieg zu provozieren, in dem sich die Russische Föderation allein gegen die vereinten Kräfte des Westens wiederfinden wird...und zurückzutreten“. Er ruft die Bürger Russlands auf, sich „aktiv gegen die Propaganda

¹¹ <https://echo.ru/blog/echomsk/2976084-echo/>

¹² <https://www.bbc.com/russian/features-43105617>

und die Entfesselung eines Krieges zu stellen und einen inneren zivilen Konflikt mit militärischer Gewalt zu verhindern.

Am 30. Januar 2022 hatten 2.000 russische Intellektuelle in einem Appell den Kreml aufgefordert, einen „unmoralischen Krieg“ zu vermeiden.¹³ Russland brauche keinen Krieg mit der Ukraine und dem Westen. „Niemand bedroht uns, niemand greift uns an. Eine Politik, die auf der Förderung der Idee eines solchen Krieges beruht, ist unmoralisch, unverantwortlich und kriminell und kann nicht im Namen der Völker Russlands durchgeführt werden...Der Krieg entspricht nicht nur nicht den Interessen Russlands, sondern stellt auch eine Bedrohung für seine Existenz dar.“

FSB-Insiderbericht

Der exzellente russische Politikanalytiker Wladimir Oreschkin, den der Autor vor Jahren kennengelernt hatte, stellte am 4. März 2022 den unbearbeiteten Bericht eines Insiders des Inlandgeheimdienstes FSB über den Ukraine-Krieg auf seine Facebook-Seite ein, aus dem im Folgendem zitiert wird.¹⁴ Der nicht namentlich ungenannte Insider, der wahrscheinlich Analytiker ist, schreibt: „Wir stehen in letzter Zeit immer mehr unter dem Druck, Berichte den Anforderungen der Leitung anzupassen...All diese politischen Berater, Politiker und deren Entourage, Beeinflussungsteams – all das hat zu einem Chaos geführt. Das Wichtigste ist, dass niemand wusste, dass es einen solchen Krieg geben würde, sie haben es vor allen verheimlicht.“

„Die Blitzaktion ist gescheitert...selbst prorussische Kräfte haben sich gegen uns gestellt.“ Sollte es gelingen, eine prorussische Regierung in Kiew zu etablieren, dann werde diese Regierung „innerhalb von zehn Minuten getötet. Zur Frage der Besetzung der Ukraine schreibt der FSB-Insider: „Woher sollen wir so viele Menschen nehmen? Kommandantur, Militärpolizei, Spionageabwehr, Wachen – selbst bei minimalem Widerstand der örtlichen Bevölkerung benötigen wir 500.000 oder mehr Personen, die Lieferkette nicht mitberechnet...Und was ist jetzt? Wir können aus zwei Gründen keine Mobilisierung auszurufen: 1) Eine massive Mobilisierung würde die politische, wirtschaftliche und soziale Situation im Lande untergraben. 2) Unsere Logistik ist bereits heute überlastet...Und jetzt ist der Hass auf uns so groß wie nie zuvor. Unsere Straßen können solche Lieferkarawanen einfach nicht aufnehmen – alles wird zum Stillstand kommen, und wir werden nicht in der Lage sein, das zu bewältigen – weil es ein Chaos ist. Und diese beiden Gründe treffen gleichzeitig zu, obwohl schon einer ausreicht, um alles zum Scheitern zu bringen.“

„Selbst wenn wir Selenskij töten oder gefangen nehmen, wird sich nichts ändern. Der Hass auf uns ist so groß wie in Tschetschenien. Und jetzt sind sogar diejenigen, die uns gegenüber loyal waren, dagegen. Weil sie von oben geplant haben, weil man uns gesagt hat, dass eine solche Variante nicht passieren wird, es sei denn, wir werden angegriffen. Denn uns wurde erklärt, dass wir eine möglichst glaubwürdige Bedrohung schaffen müssen.“

„Besteht die Möglichkeit eines lokalen Atomschlags? Ja. Nicht zu militärischen Zwecken..., sondern um die anderen einzuschüchtern. Ich glaube nicht, dass Putin den roten Knopf drücken wird, um die ganze Welt zu zerstören...Zunächst einmal gibt es nicht nur eine Person, welche die Entscheidung trifft. Zumindest wird jemand

¹³ <https://echo.msk.ru/blog/echomsk/2972500-echo/>

¹⁴ <https://www.facebook.com/vladimir.osechkin/posts/4811633942268327>

abspringen...Ich bin mir nicht sicher, dass das System des roten Knopfs entsprechend des festgelegten Verfahrens funktioniert.“

Putin forever?

Der langjährige Spindoktor Putins, Gleb Pawlowskij, der nach 15 Jahren 2011 in Ungnade fiel, weil er sich öffentlich für eine zweite Präsidenten kandidatur von Dmitrij Medwedew ausgesprochen hatte, meinte am 31. März 2022 in einem Interview in „Georgia Today“ über Putin folgendes¹⁵: „Ich denke, wir können sagen, dass er mit der Ukraine in eine Falle getappt ist, dass die Entscheidung keinen politischen Sinn ergibt, sie ist verrückt. Das ist alles Putins persönliche Entscheidung... Niemand, einschließlich mir selbst, war sich bewusst, wie wahnsinnig besessen Putin von der Ukraine gewesen sein muss...Die Ukraine sollte ein Hebel sein, um den Westen zu einer Diskussion über Sicherheitsfragen zu drängen. Es ist ein Strategiespiel. Aber ich war verblüfft zu sehen, wie er alle Verhandlungsmöglichkeiten über die echte Sicherheit Russlands wegwarf und sich stattdessen für dieses seltsame Pogrom entschied, welches er eine ‚besondere militärische Operation‘ nennt.“

Pawlowskij beschreibt Putin so: „In seiner eigenen Vorstellung hat er sich über alles und jeden erhoben und blickt auf jeden herab, mit dem er spricht. Ich kann mir vorstellen, wie er Macron verspottet, der fast jeden Tag mit ihm spricht. Er hat diesen Glauben an sein eigenes Glück und denkt wahrscheinlich, dass er noch eine weitere göttliche Glückssträhne haben wird. Er glaubt an seine große Mission – ich bin mir absolut sicher, dass er sich für größer hält als alle Helden der russischen Geschichte zusammengenommen. So kann er es sich leisten, niemanden zu beachten und weiter zu gehen, um seine Mission zu erfüllen. Ich glaube nicht, dass er ein rationales Verständnis für diese Situation hat.“

Pawlowskij geht nicht davon aus, dass sich die Oligarchen gegen Putin erheben werden. „Oligarchen haben Russland nie regiert, nicht einmal in Zeiten des schwachen Jelzin. Sie haben immer gegen die herrschende Macht verloren.“ Und wer könnte auf Putins Thron spekulieren? „Sein gesamter innerer Kreis. Sie sind keine Idealisten, sie haben ihre eigenen Pläne für diesen Thron. Sie alle warten auf den Übergang. Und es macht Putin tatsächlich ziemlich nervös, von Menschen umgeben zu sein, die sich nach seinem Thron sehnen. Vor allem, wenn man bedenkt, dass der Großteil des Tagesgeschäfts des Landes von ihnen und nicht von ihm erledigt wird. Wenn jemand denkt, dass Putin die Wirtschaft oder das öffentliche Leben des Landes leitet, dann ist das einfach nur lächerlich. Putin ist eigentlich kein fleißiger Typ. Und er fand sich in der einzigen Dimension wieder, in der er völlig unabhängig von irgendjemandem sein kann – im Krieg. Und er stürzt kopfüber darauf zu und reißt andere mit sich.“ Pawlowskij geht für die Zeit nach Putin von einem „kollektiven Management“ aus, „weil jeder von ihnen Angst und Widerwillen haben wird, dem anderen Platz zu machen.“ Für Pawlowskij ist klar: „Putin wird auf die eine oder andere Weise verschwinden, aber das System wird bleiben.“

Karaganow geht in seinem Interview in der britischen Zeitschrift „New Statesman“ am 2. April 2022 davon aus, dass es in der einen oder anderen Weise zu einer Teilung der Ukraine kommen werde¹⁶: „Russland kann es sich nicht leisten zu ‚verlieren‘, also brauchen wir eine Art Sieg. Und wenn es das Gefühl gibt, dass wir den Krieg verlieren, dann gibt es meiner Meinung nach durchaus die Möglichkeit einer Eskalation. Dieser Krieg ist eine Art Stellvertreterkrieg zwischen dem Westen und dem Rest – Russland ist, wie es in der Geschichte der Fall war, die Spitze ‚des Rests‘ – für eine zukünftige Weltordnung. Der Einsatz der russischen Elite ist sehr hoch – für sie ist es ein existenzieller Krieg.“

Ein Nicht-Sieg Russlands oder seine vermeintliche Niederlage wäre eine existentielle Gefahr für Russland und würde zur Eskalation führen, „hin zu Konflikten in anderen Gebieten außerhalb der Ukraine“ und zum „mögli-

¹⁵ <https://georgiatoday.ge/putins-ex-advisor-glebovsky-putin-stepped-into-a-trap-with-ukraine/>

¹⁶ <https://www.newstatesman.com/world/europe/ukraine/2022/04/russia-cannot-afford-to-lose-so-we-need-a-kind-of-a-victory-sergey-karaganov-on-what-putin-wants>

chen Einsatz von Atomwaffen“.¹⁷ Karaganow fährt fort: „Als Historiker weiß ich, dass Artikel 5 des NATO-Vertrags wertlos ist. Nach Artikel 5, der es einem Staat erlaubt, andere Mitglieder des Bündnisses um Unterstützung zu bitten, ist niemand verpflichtet, tatsächlich für andere zu kämpfen. Aber niemand kann absolut sicher sein, dass es nicht zu einer solchen Eskalation kommt. Ich weiß auch aus der Geschichte der amerikanischen Atomstrategie, dass die USA Europa wahrscheinlich nicht mit Atomwaffen verteidigen werden. Aber hier besteht immer noch die Möglichkeit einer Eskalation, also ist es ein abgrundtiefes Szenario, und ich hoffe, dass eine Art Friedensabkommen zwischen uns und den USA und zwischen uns und der Ukraine erreicht werden kann, bevor wir uns weiter in diese unglaublich gefährliche Welt begeben.“ Werden die USA eingreifen? „Ich glaube also nicht, dass Amerika möglicherweise eingreifen könnte, aber wir befinden uns bereits in einer viel gefährlicheren Situation als noch vor einigen Wochen. Und Artikel 5 setzt keine automatischen Verpflichtungen voraus.“

Kommentar: Was ist meiner Meinung nach zu erwarten?

- Die russische Bevölkerung wird Putin nicht stürzen, weil sie sich infolge der permanenten einseitigen staatlichen Propaganda in einer Art Festungsmentalität befindet und alle Schuld für den Krieg der Ukraine und dem Westen, für den diese ihrer Meinung nach kämpft, zuschiebt.
- Die Oligarchen werden Putin nicht stürzen, weil sie ihren großen Reichtum letztlich der Nähe zu Putin verdanken und im Kampf gegen die Politik immer verloren haben.
- Die verschiedenen Geheimdienste werden Putin nicht stürzen, weil sie sich gegenseitig zutiefst misstrauen.
- Die Militärs werden Putin nicht stürzen, weil sie immer unpolitisch waren und die Geheimdienste nicht ausstehen können, die sie kontrollieren.
- Mögliche Variante: Mittelfristig müssen infolge der Wirkung der Sanktionen immer mehr Sozialleistungen abgebaut werden, wogegen die Menschen dann massenweise fortlaufend protestieren werden. Die Geheimdienste bewegen schließlich Putin – Reizfigur für den Westen – zum Rücktritt, um den Wechsel an der Staatsspitze selbst organisieren zu können.

Russland nach dem Krieg

Abbas Gallijamow, von 2008 bis 2010 Redenschreiber Wladimir Putins, als dieser russischer Premierminister war, bezeichnete am 30. April 2022 in einem Interview das heutige Russland „auf dem Weg in den Totalitarismus“.¹⁸ Bis vor kurzem, so Gallijamow, sei für die russische Regierung ein typischer Autoritarismus kennzeichnend gewesen, doch seit Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 tauchen nun Elemente des Totalitarismus auf. Die autoritären Staaten wollen, dass keine Menschen aktiv am politischen Prozess teilnehmen. Der unpolitische Bürger ist ein guter Bürger, der Totalitarismus wolle das Gegenteil: „Putin mobilisiert die Massen, zwingt das Land, sich hinter der Regierung zu versammeln.“ Gallijanow vermutet, dass die Opposition etwa ein Drittel der Bevölkerung ausmacht und ein weiteres Drittel schwankt.

Über Wladimir Putin und Russland nach dem Ukrainekrieg machte sich am 20. Mai 2022 Wladislaw Inosemzew in einem langen Interview mit dem Georgischen Dienst von „Radio Free Europa / Radio Liberty“ Gedanken.¹⁹ Er ist Gründungsdirektor des Moskauer „Zentrums für Studien zur postindustriellen Gesellschaft“, das 1996 vom Institut für Soziologie der „Russischen Akademie der Wissenschaften“ und vom Herausgebergremium der „Russischen Akademie der Wissenschaften“ geschaffen worden war. Von 2009 bis 2011 beriet er die Kommis-

¹⁷ Die russische Militärdoktrin von 2014 setzt den Ersteinsatz von Atomwaffen bei existentiellen Bedrohung Russland vor (<http://www.rg.ru/2014/12/30/doktrina-dok.html>)

¹⁸ <https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/auf-dem-weg-in-den-totalitarismus-5908/>

¹⁹ <https://www.rferl.org/a/russia-putin-analysis-ukraine-inozemtsev-collective-guilt/31859680.html>

sion zur Modernisierung der russischen Wirtschaft des damaligen Präsidenten Dmitrij Medwedew. Inosemzew verfasste das Präsidentschaftsprogramm von Michail Prochorow, der 2012 bei der Präsidentenwahl gegen Putin kandidierte und verlor. Seit 2011 ist Inosemzew Mitglied des Wissenschaftlichen Rats des „Russischen Rats für internationale Angelegenheiten“, der in jenem Jahr gemäß der Anordnung von Dimitrij Medwedew gegründet worden war und dessen Präsident Igor Iwanow ist, von 1998 bis 2004 russischer Außenminister und anschließend bis 2007 Sekretär des Sicherheitsrats.

Inosemzew meint, dass Putin seit Jahren in seiner eigenen imaginären Welt lebe. Das Problem mit der ukrainischen Situation bestehe bei ihm darin, dass diese durch „absolut unzureichende Informationen“ verursacht wurde. Putin habe „absolut falsche Informationen“ erhalten und auf deren Grundlage seine Entscheidungen getroffen. „Und jetzt versucht er zu verstehen, was schiefgelaufen ist. Und er kann es nicht, denn wenn er die Idee akzeptiert, dass fast alles, was er wusste, falsch war, wäre das ein großer Schlag für seine allgemeine Weltanschauung.“

Laut Inosemzew ist jede Art von Frieden mit Putin unmöglich, er besitze Russland wie einen Privatbesitz. „Er will es solange beherrschen, wie er kann...Seine Idee ist nur, seine Herrschaft aufrechtzuerhalten.“

Nach dem Krieg werde Russland ein „sehr isoliertes Land“ sein. „Nach dem Ende des Krieges – es hängt nicht davon ab, wie er endet – wird Russland nicht mehr dasselbe Russland sein, das wir von 1991 bis 2022 gesehen haben. Es wird ein anderes Land geben, rückständiger, mit weniger Verbindungen zur Welt, viel isolierter und noch konservativer als vor dem Krieg.“ Russland werde eine Macht werden, die nur rückwärts schaut. „Es will zurück. Es ist das, was ich ein unzeitgemäßes Land nenne, und es wird seine Rückkehr ins Mittelalter beschleunigen.“

In fünf, zehn, 15 Jahren werde das Regime zusammenbrechen, weil es ein sehr personalisiertes Regime sei. „Es wird ein Krieg aller gegen alle sein“, ein „designiertes Nachfolgeszenario“ werde es nicht geben. Inosemzew bezweifelt, dass Putin jemanden an die Macht bringen werde und dann an der Seitenlinie stehen wolle. „Er wird also mit 99prozentiger Wahrscheinlichkeit im Amt sterben oder vielleicht durch einen internen Putsch entlassen werden.“ In beiden Fällen werde sich der Konflikt innerhalb der russischen Elite nach dem Abzug Putins dramatisch verschärfen. „Das System wird sich selbst ruinieren.“

Russland mag dann gefährlicher oder schlimmer in der Propaganda werden. „Aber es wird in der [Realität] nicht so aggressiv sein. Sie werden keinen weiteren Krieg beginnen, wenn dieser verloren geht.“ Inosemzew sieht keine Chance dafür, dass Russland diesen Krieg gewinnt, doch „sie können so tun, als wären sie siegreich, z.B. durch die Annexion einiger Gebiete in der Ukraine.“

Der Krieg Putins ist zu einer Belastung für Russlands Eliten geworden, analysierte am 16. Juni 2022 die russische Politikwissenschaftlerin Tatjana Stanowaja.²⁰ „Die russische Elite ist atomisiert. Jeder Einzelne hat Angst um seine Zukunft und lebt in ständiger Angst, denunziert zu werden. Putins Funktion als Schiedsrichter nimmt ab, aber er bleibt der einzige Garant der Stabilität, auch wenn jegliche Stabilität längst vorbei ist, nur weil keine anderen Mechanismen zur Lösung von Konflikten zwischen den Eliten in Russland entstanden sind. Die Silowiki oder Sicherheitsdienste fürchten Rache durch die Liberalen, die Technokraten fürchten eine Flutwelle der Unterdrückung und das Großkapital fürchtet die Resowjetisierung der Wirtschaft.“

Die Eliten seien der Überzeugung, dass die „Führung des Landes nicht in der Lage ist, die Folgen des Krieges richtig einzuschätzen und die Risiken effektiv zu managen“. Um zu überleben, so schlussfolgert Stanowaja, müssen sich die russischen Eliten „schneller und aktiver bewegen als der Präsident und seine belastende Beteiligung am Entscheidungsprozess minimieren“. Die zunehmende Fragilität von Putins Führung werde dazu führen, dass die Zahl der Konflikte zwischen den Eliten zunehmen werde sowie die Autonomie der Eliten. Laut Stanowaja steht das System vor einem kardinalen Widerspruch: „Das System wird nach Wegen suchen, seine

²⁰

<https://carnegieendowment.org/eurasiainsight/87341>

Rolle in der staatlichen Entscheidungsfindung zu minimieren und gleichzeitig seine eigene Fortsetzung zu gewährleisten.“

Kommentar: Die unter dem damaligen russischen Präsidenten Boris Jelzin ausgearbeitete Verfassung der Russischen Föderation, die am 12. Dezember 1993 durch ein Referendum angenommen worden war und anschließend in Kraft trat, beruht auf den Prinzipien und Wertvorstellungen westlicher Demokratien. Wenn es trotzdem seit 2000 zunehmend zu Gegensätzen und Spannungen bis hin zum Krieg zwischen Russland und dem Westen gekommen ist, dann liegt das an etwas Anderem, laut dem georgischen Philosophen Merab Marmadaschwili (1930-1990) daran, dass das Macht- und Gesellschaftssystem des russischen Imperiums und der Sowjetunion nicht aktiv demontiert worden ist. Nach dem Ende der Sowjetunion wäre ein radikaler tiefgreifender Umbau der Gesellschaft notwendig gewesen. Im Innern führt Russland heute einen Krieg gegen Andersdenkende und im Äußeren einen Krieg gegen die Ukraine. Die Neubegründung Russlands nach dem Zerfall der Sowjetunion ist verpasst oder durch „Fassaden-Transformation“ ersetzt worden. Scheitert der Versuch einer Neubegründung der atomaren Supermacht Russland, „wird es zu einem weiteren Zyklus von Gewalt und Kriegen kommen“.²¹

²¹ Andronikashvili, Zaal, Anthropologische Katastrophe. Warum sich die sowjetische Geschichte wiederholt, in: Ost-West. Europäische Perspektiven. Regensburg, 2022, Heft 2, S. 105.